

Innenausschuss@landtag.ltsh.de

An den
Landtag Schleswig-Holstein
Innen- und Rechtsausschuss
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/1494

UNSER AKTENZEICHEN: 47.386.00 pl

SACHBEARBEITER: Herr Kiersch

IHR ZEICHEN: L 21

IHR SCHREIBEN: 12.06.2013

Betreff: Drucksache 18/599 - Antrag der FDP-Fraktion „Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Ostmeier,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die uns mit Schreiben vom 12.06.2013 gegebene Gelegenheit, zu dem Antrag der FDP-Fraktion Stellung zu nehmen. Diese Möglichkeit greifen wir gerne auf wie folgt:

Der Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen Schleswig-Holsteins - namentlich im hamburgischen Umland, sowie in Kiel, Lübeck und Flensburg steht erheblich unter Druck. Ursächlich ist eine ausgeprägte Mangellage an preiswertem Wohnraum. Entstanden ist diese Mangellage durch deutlich rückläufige Fertigstellungszahlen des Mietwohnungsbaus in den vergangenen Jahren einerseits, und durch die Tatsache, dass auch der Sozialwohnungsbestand mit preiswerten Mieten dramatisch rückläufig ist. Standen dem Mietwohnungsmarkt in der Spitze rund 220 Tausend preiswerte öffentlich geförderte Wohnungen zur Verfügung, so ist dieser Bestand auf knapp 65 Tausend Wohnungen zusammengeschrumpft und wird er im Jahre 2014 auf eine Restgröße von unter 50 Tausend Wohnungen einbrechen. Es gibt so gut wie keine ernst zu nehmenden Stimmen, die nicht der Auffassung wären, dass im Mietwohnungsbau dringender Nachholbedarf besteht.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir den Antrag der FDP-Fraktion grundsätzlich. Dazu wäre es erforderlich, deutlich mehr Wohnungen öffentlich zu fördern, als dies bislang der Fall ist. Langfristig müsste das Land über einen Bestand von wenigstens 120 Tausend öffentlich geförderten Wohnungen verfügen. Dieses Ziel müsste auch von den Kommunen unterstützt werden durch die Bereitstellung von preiswertem Bauland verbunden mit der Verpflichtung, wenigstens 30 % des Neubauvolumens im Mietwohnungsbau als öffentlich geförderte Wohnungen zu errichten. Bedingung wäre ferner, dass die Kompensationsmittel des Bundes aufgestockt und dauerhaft weitergezahlt werden. Auch das Land müsste seine Fördermittel erhöhen und gegebenenfalls eine flankierende Zuschussförderung einführen, falls öffentliche Mittel - wegen des sehr niedrigen Kapitalmarktzinsniveaus - nicht in ausreichendem Maße abgenommen werden.

**DEUTSCHER MIETERBUND
LANDESVERBAND
SCHLESWIG-HOLSTEIN E.V.**



Postfach 1967
24018 Kiel
Telefon 0431/979190
Telefax 0431/9791931

Kiel, den 01.08.2013

Nach unserer Einschätzung werden sich die Bedingungen am Wohnungsmarkt über einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren auch bei verstärkten Anstrengungen zur Neubauförderung weiter verschlechtern. Dies geht auf die langen Vorlaufzeiten in der Bautätigkeit zurück. Aus diesem Grunde ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Wir regen an, den sehr allgemein gefassten Antrag der FDP z.B. nach Maßgabe unserer vorstehenden Ausführungen zu konkretisieren.

Mit freundlichen Grüßen
Deutscher Mieterbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.


Kiersch
Geschäftsführer